

Vorlage Nr. 101.19.636

31. Oktober 2022
1 von 2

Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg

Berichtersteller/-in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Kassel mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg für den Aufgabenbereich Ausbildungsförderung (SchülerBAföG) wird zugestimmt.“

Begründung:

Das Sachgebiet Ausbildungsförderung in der Abteilung Bildung und Teilhabe des Sozialamtes bearbeitet Anträge auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG für Schülerinnen und Schüler, Praktikantinnen und Praktikanten und für Studierende der Musikakademie der Stadt Kassel. Die Anzahl der gestellten Anträge ist seit einigen Jahren bundesweit rückläufig. Dieser Trend verstärkte sich weiter im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Für die Ämter für Ausbildungsförderung gestaltet sich die Aufgabenerfüllung insbesondere aufgrund der häufig sehr geringen Fallzahlen zunehmend schwierig. Dies ist insbesondere im ländlichen Raum, wo häufig nur einzelne Mitarbeiter für die Ausbildungsförderung zuständig sind, der Fall. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg ist an einer Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Kassel interessiert und beabsichtigt, die im Zusammenhang mit dieser Aufgabe anfallenden Tätigkeiten zum 1. Januar 2023 auf die Stadt Kassel zu übertragen.

Für die Stadt Kassel ergeben sich dadurch Vorteile: Eine qualitative Aufgabenerfüllung (Sicherung von Fachwissen auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung) kann durch die Übernahme der Fälle für den Landkreis Waldeck-Frankenberg auch in Vertretungssituationen gewährleistet werden. Zudem kann dadurch der Personalbestand im Sachgebiet Ausbildungsförderung (derzeit 3,25 VZÄ Sachbearbeitung sowie 0,75 VZÄ Sachgebietsleitung) beibehalten werden. Der Landkreis erstattet der Stadt sämtliche durch die Aufgabenerfüllung entstehenden Kosten in vollem Umfang. Zudem ist beabsichtigt, Fördermittel des Landes zu beantragen, die hälftig auf den Landkreis Waldeck-Frankenberg und auf die Stadt Kassel verteilt werden sollen.

Zusätzliche Haushaltsmittel bzw. zusätzliche Stellen im Stellenplan sind nicht erforderlich.

2 von 2

Die Interkommunale Zusammenarbeit bedarf außerdem der Zustimmung des Regierungspräsidiums Kassel. Von dort wurde die Zustimmung zu dem Vorhaben bereits signalisiert.

Der Magistrat hat der Interkommunalen Zusammenarbeit beim SchülerBAföG in seiner Sitzung am 14. November 2022 zugestimmt.

Christian Geselle
Oberbürgermeister